

neues-deutschland.de / 09.12.2019 / Seite 10

Tarif für Charité-Reinigungskräfte rückt näher

Seit Januar 2019 warten die rekommunalisierten Beschäftigten der CFM auf einheitliche Verträge

Jörg Meyer



Beim Tarif gilt: Fordern statt wünschen

Foto: imago images/Christian Ditsch

Knapp 70 Nationalitäten, rund 50 Sprachen, knapp 2800 Beschäftigte: Das ist die Charité Facility Management GmbH (CFM). Beim Dienstleister einer der größten Unikliniken Europas reichen die Tätigkeiten von der Reinigung über Logistik und Catering bis hin zum Gärtner, Wachschatz und zu den Ingenieuren. Kurzum: Berufe, die ein Krankenhaus zum Funktionieren braucht; außer den medizinischen und Pflegeberufen. Was diese Beschäftigten eint? Bis auf einen kleinen Teil haben sie keinen Tarifvertrag.

Seit Jahren kämpfen die Beschäftigten mit ihrer Gewerkschaft ver.di um die Wiedereingliederung in die Charité und um die Angleichung an die Bedingungen des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD). Die seit dem Sommer laufenden Verhandlungen verliefen nach Angaben beider Seiten äußerst produktiv. «Wir sind auf

einem guten Weg, einen Tarifabschluss zu erzielen», heißt es aus der Charité.

«Wir haben uns mit der Geschäftsführung grundsätzlich auf sechs Entgeltgruppen geeinigt», sagt ver.di-Verhandlungsführer Marco Pavlik gegenüber «nd». Es sei an der Zeit, nach Jahren der Bezahlung «nach Nase», die verschiedenen Tätigkeiten in einer «gerechten und fairen» Entgeltordnung differenziert abzubilden. Neben deren Umsetzung fordert ver.di einen Entgelttarifvertrag, der regelt, was die Beschäftigten tatsächlich verdienen. Kein Lohn

dürfe unter 12,63 Euro liegen. Laut Bundesarbeitsministerium ist das der mindestens nötige Lohn, um im Alter eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu bekommen. Die dritte Forderung ist ein Manteltarifvertrag, der Arbeitsbedingungen und -zeiten regelt. Dadurch, dass die CFM seit bald 14 Jahren tariffrei sei, herrsche hier «Wildwuchs», so Pavlik. «Die Wochenarbeitszeiten reichen von 38 Stunden in der Reinigung bis zu 40 bis 48 Stunden im Wachdienst. Wir wollen einheitlich 38 Stunden.» Und statt wie derzeit 24 bis 28 Tage fordert die Gewerkschaft 30 Urlaubstage für alle im Jahr.

Die Verhandlungen sollten an diesem Montag weitergehen, doch auf «nd»-Anfrage sagte eine Charité-Sprecherin, dass der Termin ausgesetzt sei. Grund: Es müsse die Entscheidung des Abgeordnetenhauses zum Mindestlohn abgewartet werden. Nach einer Senatsentscheidung soll der Vergabemindestlohn in Berlin auf 12,50 Euro steigen. Zum Vergleich: Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn Deutschland beträgt derzeit 9,19 Euro. Pavlik bestätigt die Verschiebung: «Wir sind nicht begeistert, sehen es aber als ein gutes Zeichen, dass man sich ernsthaft mit unseren Forderungen auseinandersetzt.»

Der Beginn der Auseinandersetzung datiert bereits auf Mitte der 1990er Jahre: Mehrere Berliner Regierungen hatten striktes Sparen und Teilprivatisierungen beschlossen. Die Anfang 2006 gegründete CFM gehörte zu 49 Prozent einem privaten Konsortium. Rund 40 Prozent der Kosten der defizitären Charité sollten durch «Public Private Partnerships» eingespart werden.

Heißt verkürzt: Die Öffentliche Hand vergibt Aufträge an Privatunternehmen und hat keine eigenen Personalkosten. Befürchtungen, das könnte auf dem Rücken der Beschäftigten geschehen, wurden bald wahr: CFM-Handwerker*innen wurden Stundenlöhne von teilweise unter fünf Euro gezahlt. Heute geht es der Klinik besser. «Die Charité ist ein Unternehmen, das schwarze Zahlen schreibt», sagte die Grüne Abgeordnete Sabine Bangert. «Die Geschäftsführung muss in den Tarifverhandlungen entsprechend handeln.»

Mit dem Tarifabschluss wird es vermutlich noch keine komplette Angleichung geben. Zwar seien Tarifsteigerungen bei der Charité «eingepreist», aber die Entgeltgleichheit würde einen «mittleren zweistelligen Millionenbetrag kosten», sagt Tobias Schulze von der Linksfraktion. Zumindest ist CFM seit Anfang 2019 eine 100-prozentige Charité-Tochter, die Privaten sind raus.

Die Rekommunalisierung ist für Marco Pavlik «die Korrektur einer verfehlten Geiz-ist-Geil Politik». Die habe an der Charité mit der Wiedereingliederung der CPPZ mit über 200 Physiotherapeut*innen und Anmeldekräften begonnen. Ab 2020 gilt für sie der TVöD. Für die CFM dürfte das noch dauern.

«Es geht um viel mehr Beschäftigte als bei der CPPZ. Eine komplette Wiedereingliederung geht nur schrittweise, da wir die Charité nicht in finanzielle Schieflage bringen wollen», sagte die SPD-Abgeordnete Bettina König.

Tobias Schulze sieht die CFM in «Pilotfunktion»: «In keinem Berliner Unternehmen, das Schulen, Behörden oder Kitas reinigt, wird nach TVöD bezahlt.»

Für Bettina König hat die CFM eine hohe «ideelle Bedeutung, weil wir hier Privatisierung zurückdrehen». Es sei wichtig, dass die SPD Fehler einsehe, und versuche, Fehlentscheidungen zu korrigieren.

Für Marco Pavlik ist das Thema ein größeres: «Wir wollen die Stadt sozialpolitisch einen. Da fügt sich der Kampf bei CFM als sozialpolitische Maßnahme genauso ein wie der Mietendeckel.

Quelle: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1129813.tarif-fuer-charite-reinigungskraefte-rueckt-naeher.html>